

Monitoring KW 18

Gespräche über Bildungsallianz mit Opposition gescheitert- BW-Landeregierung bringt eigenen Vorschlag auf den Weg

Die Opposition hat die Gespräche mit der grün-schwarzen Landesregierung abgebrochen. Eigentlich wollten die Fraktionschefs von Grünen, CDU, SPD und FDP die Chancen für einen langfristigen Schulpakt ausloten. Die Landesregierung will nun ihren eigenen Vorschlag durchbringen.

SPD und FDP haben die Gespräche von Regierung und Opposition über mögliche gemeinsam getragene Bildungsreformen in Baden-Württemberg abgebrochen. Das zweite Treffen dazu endete mit einem Eklat: SPD-Fraktionschef Andreas Stoch und sein FDP-Kollege Hans-Ulrich Rülke standen auf, während Ministerpräsident Winfried Kretschmann noch redete.

Es seien keine ergebnisoffenen Gespräche gewesen. Stattdessen sei man mit einem Papier von Grünen und CDU konfrontiert worden, das aus Sicht von Kretschmann hätte unterschrieben werden sollen. In dieser Konstellation machten daher Gespräche keinen Sinn, so SPD und FDP.

Die Landesregierung in Baden-Württemberg will ihre Bildungsreformen nun alleine umsetzen. Bei den Gesprächen mit der Opposition hätte er gerne über konkrete Sachthemen geredet, sagte Kretschmann am Donnerstag nach dem Ende der Gespräche in Bebenhausen bei Tübingen. Neue Sachvorschläge von SPD und FDP habe er aber nicht ausmachen können. Er wolle in der nächsten Woche eine Regierungserklärung abgeben.

Die grün-schwarze Koalition will unter anderem den Werkrealschulabschluss abschaffen und erreichen, dass sich bestehende Werkrealschulen mit Realschulen zu Verbundrealschulen zusammenschließen. Zum Schuljahr 2025/26 will die Regierungskoalition das neunjährige Gymnasium wieder einführen und dennoch einzelne G8-Züge weiter ermöglichen.

Deutsche Wirtschaft: Kleines Wachstum im ersten Quartal

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt hat im ersten Quartal um 0,2 Prozent zugelegt. Damit konnte die Wirtschaft knapp der Rezession entgehen. Volkswirte sehen erste Anzeichen für eine Trendwende.

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs von Januar bis März um 0,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, wie das Statistische Bundesamt anhand einer ersten Schätzung mitteilte. Von der Nachrichtenagentur Reuters befragte Ökonomen hatten nur mit einem Mini-Wachstum von 0,1 Prozent gerechnet. Das leichte Wachstum im ersten Quartal wurde nach Angaben der Statistiker von steigenden Bauinvestitionen und Exporten getragen. "Die privaten Konsumausgaben gingen dagegen zurück", hieß es.

Im vierten Quartal 2023 war Europas größte Volkswirtschaft noch um revidiert 0,5 Prozent geschrumpft - bisher war das Minus auf 0,3 Prozent geschätzt worden. Bei zwei Minus-Quartalen in Folge sprechen Ökonomen von einer technischen Rezession.

Die Bundesregierung diskutiert derzeit mögliche Entlastungen für Unternehmen. Zuletzt hatte sie ihre Wachstumsprognose für das Gesamtjahr minimal von 0,2 auf 0,3 Prozent angehoben. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sprach sich für ein "kurzfristiges" und "wuchtiges" steuerliches Entlastungsprogramm für die Wirtschaft aus. Um dies zu finanzieren, warb der Grünen-Politiker am Montag für eine Reform der Schuldenbremse. Die FDP fordert dagegen unter anderem die volle Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie Kürzungen bei Sozialleistungen.

Arbeitsmarktzahlen BW im April 2024

Die Arbeitsmarktzahlen für Baden-Württemberg für den April 2024 zeigen kaum Veränderung zum Vorjahresmonat.

Die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg hat sich im April 2024 den vierten Monat in Folge kaum verändert. Ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit um 529 beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte auf 264.767 Arbeitslose entspricht noch immer keiner wirklichen Frühjahrsbelebung. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind es derzeit 24.297 (10,1 Prozent) Arbeitslose mehr. Die Arbeitslosenquote im April 2024 lag, wie schon das ganze Jahr, bei 4,2 Prozent. Im April 2023 lag sie bei 3,8 Prozentpunkten.

„Die geringe Dynamik auf dem Arbeitsmarkt im April spiegelt die anhaltenden Herausforderungen wider, mit denen wir konfrontiert sind. Solange die Konjunkturkrise besteht, müssen wir mit dieser Entwicklung leben. Dennoch bin ich zuversichtlich, dass wir uns ohne große Verluste davon erholen werden“, sagt die Wirtschaftsministerin. Ein gutes Zeichen sei es,

dass es für junge Menschen weiterhin gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg gibt

Die Arbeitskräftenachfrage nimmt weiterhin ab. Im April 2024 sank die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit auf 82.883. Gegenüber dem Vormonat sind das 1.473 beziehungsweise 1,7 Prozent ausgeschriebene Stellen weniger. Im Vorjahresvergleich waren 17.102 beziehungsweise 17,1 Prozent Stellen weniger ausgeschrieben.

Harte Verhandlungen um neuen Haushalt zu erwarten

Der Haushalt 2025 wird erneut zur Zerreihsprobe für die Ampel. In der letzten Woche mussten Sparvorschläge der Ministerien an das Finanzministerium geschickt werden.

Weil in der deutschen Staatskasse Ebbe herrscht, insgesamt 25 Milliarden Euro fehlen, hatte Finanzminister Christian Lindner seine Kabinettskollegen dazu verdonnert, ihm bis zum vergangenen Donnerstagabend Sparvorschläge für das kommende Haushaltsjahr zukommen zu lassen. Drei deutsche Ministerinnen ließen die Frist allerdings nicht nur verstreichen. Sie meldeten obendrein sogar einen höheren Finanzbedarf an, als ihnen die Finanzplanung des Bundes zugesteht. Konkret forderten das Außen- Innen- und Entwicklungsministerium mehr Geld und verweigerten Sparvorschläge.

Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass sich Lindner viel Zeit nehmen wird, um mit den Ministerinnen über ihre Wünsche zu diskutieren. Denn es stellt sich die Frage, woher Lindner die Milliarden nehmen soll, die seine Kabinettskolleginnen verlangen. Weil die deutsche Wirtschaft in der Krise feststeckt, darf der Bund zwar mehr Schulden aufnehmen – so sieht es die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse vor. In Regierungskreisen ist hier von zusätzlichen Mitteln in Höhe von bis zu 25 Milliarden Euro die Rede.

Doch viel Hoffnung, die Finanzlücke damit schließen zu können, sollten sich die Regierungskoalitionäre nicht machen. Denn die Wirtschaftsflaute schlägt sich zugleich auch auf der Einnahmenseite des Staates nieder: Das Steueraufkommen dürfte deutlich geringer ausfallen als noch in den vergangenen Jahren.

Bürokratieabbau für die Landwirtschaft geht in die nächsten Runde

*Die vom Bundesrat angedachten Änderungen zum Bürokratieabbau reichen wohl nicht aus.
Deshalb gehen die Verhandlungen in die nächste Runde.*

Angedachte sind beispielsweise weniger Auflagen beim Hanfanbau und mehr Toleranz beim Unterpflügen von Grünland: Der Abbau von Bürokratie, den der Bundesrat vergangene Woche beschloss, ist nicht der große Wurf.

Speziell die angedachten Änderungen für die Landwirtschaft sind noch nicht ausreichend, sodass weitere Maßnahmen im Zusammenspiel der Organe verhandelt werden sollen.

Zudem bleibt weiterhin offen, wie eine Vorschlagsliste der Bundesländer überhaupt umgesetzt werden soll.